

# Danziger Volksstimme

Einzelnummer 1,50 Mk.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 25.— Mk., vierteljährlich 75.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 730

Organ für die werktätige Bevölkerung  
der Freien Stadt Danzig  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 2.— Mk. von auswärts 10.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Anzeigen 25.— Mk. von auswärts 30.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontingent Danzig 1922. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 730.

Nr. 183

Montag, den 7. August 1922

13. Jahrgang

## Die Ausgleichsfunktionen Frankreichs.

Frankreich legt seine Gewaltspolitik gegen Deutschland fort. Nachdem Poincaré schon vor einigen Tagen dem deutschen Besuch um Herabsetzung der Ausgleichszahlungen von monatlich 40 Millionen Goldmark (neben den Reparationszahlungen) auf  $\frac{1}{2}$  des Betrages ein kategorisches Nein entgegensetzte, hat er nunmehr neue Zwangsmassnahmen gegen Deutschland angeordnet. Eine Havasmeldung besagt:

Da die deutsche Regierung heute nur eine bilatorische (verschleppende, Neb.) Antwort erteilt hat, hat die französische Regierung folgende zur Sicherstellung ihrer Ansprüche bestimmten Beschlüsse gefasst:

1. Die Ausgleichsdämmer von Paris und Straßburg werden ausgesetzt, bis auf weiteres jede Anerkennung deutscher Forderungen aufzuheben.

2. Die Ausgleichsdämmer erhalten Anweisung, für Rechnung der deutschen Regierung aus dem Erlös der Liquidationen der deutschen Güter in Frankreich die durch die Urteile des gemischten Schiedsgerichtes gemachten Entschädigungen bis auf weiteres nicht zu bezahlen. Die Urteile des französisch-deutschen Abkommens von August/September 1921, auf Grund dessen die von den Ausgleichsdämmer Paris und Straßburg gewährten Zahlungen erfolgten, werden bis auf weiteres suspendiert, und die deutsche Regierung wird die Urteile, die zu ihren Ungunsten ausgefallen sind oder ausfallen werden, aus eigenen Mitteln ausführen müssen.

3. Die Ausgleichsdämmer Paris und Straßburg sind angewiesen worden, jede Notifikation (Mitteilung) des Reichs erlös aus Liquidationen deutscher Güter in Frankreich einzustellen. Diese Maßnahme wird die Entschädigung von Deutschen mit in Frankreich liquidiertem Besitz praktisch unmöglich machen und Deutschland verbinden, Guthaben im Interesse dieser Kategorie seiner Staatsangehörigen zu verwenden.

4. Die im Gange befindliche Ausführung des in Baden-Baden geschlossenen Abkommens über die Wiederherstellung von Mosbiller, das von deutschen Eigentümern in Elsass und Lothringen zurückgelassen worden ist (werden nicht, Neb.) wird suspendiert.

5. Falls diese verschiedenen Maßnahmen zur prompten Regelung der Frage nicht ausreichen sollten, werden sie durch weitere progressive Bestimmungen ergänzt werden.

Ein neuer unverhüllter Vertragsbruch reißt sich hier an den noch nicht wieder gutgemachten der Besetzung Frankreichs am Main und an die noch bestehenden vertragswidrigen Gewaltakte der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg, Ruhrort und der Einführung der Zolllinie zwischen dem besetzten und dem übrigen Deutschland. Während Englands leitende Staatsmänner eben erst feierlich bekundet haben, daß Deutschlands Ruin die ganze Welt gefährdet, am Tage nachdem Italiens Vertreter Ferrero die Feindschaft seiner Regierung gegen Zwangsmassnahmen notifiziert hat, greift Frankreich wieder zur Gewalt, stellt das Ausgleichsverfahren, das es ohnehin so schleppend betrieben hat, ein, rächt sich an den brutal vertriebenen Elsassdeutschen und zwingt dem Reich neue Zahlungen unter Entziehung selbst solcher Guthaben auf, die ihm französische Spruchkammern zugesprochen haben.

Somit mit der deutschen Mark, Stärkung der inneren Gegner der deutschen Friedensrepublik — das ist des heutigen Frankreichs Politik.

## Die Londoner Konferenz.

Die Mitglieder der französischen, belgischen und italienischen Delegation zur Reparationskonferenz sind gestern abend in London eingetroffen und u. a. von Lloyd George und Sir Robert Horne begrüßt worden. Die erste Sitzung der Konferenz soll Montag vormittag um 11 Uhr stattfinden. Alle Versuche von Presseleuten, eine Unterredung mit Poincaré zu erlangen, sind, wie Reuter meldet, schlaggeschlagen. Schanzer erklärte u. a.: Italien habe die besten Absichten, Deutschland zu helfen, könne aber nicht dabei italienische Interessen opfern. Japar erklärte aber, ein Moratorium für die deutschen Reparationszahlungen sei keine Lösung, da Belgien sofortige Reparation brauche.

Nach einer Meldung des „Temp“ aus London soll der von englischer Seite vertretene Standpunkt in der Moratoriumsfrage folgender sein: Die Reparationszahlungen wären bis Ende 1923 zu stunden, ohne daß dafür Deutschland irgendeine Bedingung gestellt würde. Ueber die 1923 und 1924 zu fordernden Zahlungen hätten die Alliierten sich bereits jetzt zu verständigen. Diese Zahlungen sollen mit Einschluß der

Sachlieferungen nicht mehr als den dritten Teil der im Londoner Statut vorgesehenen Annuitäten betragen. Für diese beiden Jahre hätten die Alliierten Deutschland gewisse Bedingungen zu stellen, z. B. die Herstellung des Budgetgleichgewichts. Es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George diese Vorschläge am Montag der Londoner Konferenz unterbreiten werde.

## Italien vor Neuwahlen?

Die „Idea Nazionale“ meldet, Ministerpräsident Facta habe vom König die Auflösung der Kammer verlangt. Der „Popolo d'Italia“ bestätigt die Nachricht.

### Fasziistenputsch in Mailand.

Aus Mailand wird gemeldet: Am Freitag abend nach 8 Uhr erstürmten die Fasziisten das neue große Verlags- und Redaktionsgebäude des „Avanti“, verwickelten es und steckten es in Brand. Polizei und Truppen zogen sich nach vergeblichem Widerstande vor der Uebermacht zurück, um Blutvergießen zu vermeiden. Eine weitere Verlängerung des Generalstreiks sowie neue Zwischenfälle sind zu befürchten. Das Verlagsgebäude des „Avanti“ war erst vor zwei Jahren erbaut und mit den modernsten Druckereianrichtungen ausgestattet worden. Der Schaden geht in die Millionen. Die sozialistische Stadtverwaltung wird durch die fasziistische Besetzung an jeder Tätigkeit gehindert. Infolge der Besetzung des Rathauses stellte die Strakenbahn den ganzen Tag den Dienst wieder ein. In den ersten Morgenstunden erstürmten die Fasziisten ferner einen kommunistischen Klub. Am Sitz der kommunistischen Parteileitung nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor, 3 Schriften, in denen zu revolutionären Attentaten aufgefördert wird, zu beschlagnahmen. Es wurde aus den Fenstern auf die Fasziisten geschossen, wobei es zahlreiche Verletzte gab, von denen mehrere im Sterben liegen. Ein Sanitätsgehilfe wurde getötet.

## Deutsche Schande.

### Professor Einstein als nächstes Mordopfer.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ bringen in ihrer Sonnabendnummer vom 5. August folgende aufsehenerregende Meldung aus Naturforschertreffen: Professor Albert Einstein hatte zugesagt, auf der Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte in Leipzig einen Vortrag über die Relativitätstheorie zu halten. Kurz nach der Ermordung Rathenau teilte aber Einstein dem Vorsitzenden der Gesellschaft Geheimrat Brand mit, daß er seine Beteiligung an der Hundertjahrfeier absagen müsse, weil er für mehrere Monate ins Ausland gehe. Diesen plötzlichen Entschluß faßte Einstein, als er erfuhr, daß auch sein Name auf der Liste der Opfer stehe, die von der Mörderorganisation besetzt werden sollten, der schon Rathenau zum Opfer gefallen ist.

Wie das „N. Z.“ mitteilt, trifft es zu, daß Professor Einstein an der Leipziger Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte nicht teilnehmen wird. Gemiß ist es ein tief bedauerlicher Vorgang, daß einer der ersten Gelehrten unserer Zeit an einer Veranstaltung von dem Range der Leipziger Tagung deshalb nicht teilnehmen kann, weil er befürchten muß, in Deutschland, seiner Heimat, statt der Ehrungen, die ihm in der ganzen Welt entgegengebracht worden sind, der Kugel eines Morderschmieders ausgesetzt zu sein.

### Zur Festnahme der Scheidemann-Attentäter.

Zur Festnahme der beiden Urheber des Anschlages auf Scheidemann in Klein-Milhammer wird ergänzend mitgeteilt: Die fortgesetzten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hatten den Verdacht auf zwei auswärtige junge Leute gelenkt, die sich zurzeit der Tat beschäftigungslos in Kassel aufhielten und nach der Tat verschwunden waren. Die eingehenden Ermittlungen über ihr Verhalten in Kassel verstärkten den Verdacht schließlich in solchem Maße, daß die Staatsanwaltschaft unter dem 22. Juli Haftbefehl und Steckbrief gegen beide bewirken konnte. Es handelt sich um den 22-jährigen Kaufmann Hans Guskert aus Elberfeld, der der Täterschaft verdächtig ist, und um den der Teilnahme verdächtigten 20-jährigen Landwirt

Karl Dehlshäger aus Reichenbach. Die sofortige Ueberführung der beiden Verhafteten nach Kassel ist in die Wege geleitet.

Nach dem Scheidemann-Attentat mußten die deutsch-nationalen Blätter sich nicht genug lustig über die Mistkerprige zu machen und die Sache als harmlosen Dummenjungenstreich hinzustellen. Einige dieser reaktionären Pöbelblätter stellten sogar die infame Behauptung auf, daß Scheidemann das Attentat nur erdacht habe, um sich eine Märtyrerkrone aufs Haupt zu setzen. Man kann neuerlich sein, was nun die Nationalistenpresse schreiben wird, nachdem ihre beiden Lieblinge hinter Schloß und Riegel sind.

## Der kommende Wahlkampf in Polen.

Nach den endgültigen Erledigungen der polnischen Ministerkrise findet diese ihre Fortsetzung in den Vorbereitungen zu dem Wahlkampf; auch da bleibt die Einstellung: Die Korjanty, die Pilsudski! Besonders die Provinzialblätter hegen neben den rechtshexenden Warschauer Blättern gegen den Staatschef.

Das Thorner Blatt „Słowo Polnorok“ behauptet, Pilsudski habe Polen an die Juden und Deutschen verraten. Es heißt wörtlich: Wir haben die Verräter, die Polen an Katharina die Große und Friedrich den Großen verraten haben, verflucht, wir verfluchen auch die, die wegen der Juden und Deutschen Polen verraten werden. Der heutigen regierenden Clique wird es nicht gelingen, den echten polnischen Charakter zu fälschen. „Gazeta Warszawska“ fragt, welchen Lohn man den Deutschen und Juden von seiten der Linksparteien für ihre Unterstützung versprochen habe. Es seien alle antideutschen Verfügungen in Polen und Pommern zurückgezogen worden und zum Schaden des polnischen Staates habe man mit der Ermittlung der deutschen Kolonisten aufgehört und so der preussischen Regierung ein Geschenk von mehr als 10 Milliarden gemacht. Der sozialistische „Robotnik“ dagegen wirft Korjanty vor, er habe in Oberschlesien rein privatkapitalistische Interessen unterstützt, Hunderte von Millionen gingen in seine Tasche und in die seiner Verwandten. Sein Schwager, ein gewisser Szprot, leitete finanzielle Unternehmungen in Oberschlesien. In seinem Wahlauftritt fordert das Blatt alle Kopf- und Handarbeiter und Kleinbauern auf, sich gemeinsam gegen die nationaldemokratische Parteien zu richten.

## Die Entlarvung der „Dolchstoß-Lügner“.

Diejenigen, die nach dem Kriege mit der Lüge des „Dolchstoßes“, der unser Heer „von hinten“ getroffen habe, frechen gingen, betrafen sich bisher immer auf den englischen General Maurice, der angeblich behauptet habe, das deutsche Heer sei im Herbst 1918 dem „Dolchstoß der Heimat“ erlegen. Der General äußert sich dazu jetzt selbst folgendermaßen:

„Ich habe niemals an irgendeiner Stelle der Meinungsäußerung gegeben, daß der Kriegsausgang, so wie er sich abgespielt hat, der Tatsache zu verdanken sei, daß das deutsche Heer von dem deutschen Volke rückwärts erdolcht worden sei“ (Dolchstoß der Heimat). Im Gegenteil habe ich immer die Meinung vertreten, daß die deutsche Heere an der Westfront am 11. November 1918 aus militärischen Gründen eines weiteren wirksamen Widerstandes nicht mehr fähig waren. Ich habe gesagt, daß, wenn man den deutschen Heeren Zeit gelassen hätte, sich zu erholen, diese dann wahrscheinlich den Kampf noch verlängert haben würden, daß aber ihre endliche Niederlage unvermeidlich war.

Diese Anschauungen, die ich in meinem Buche „Die letzten vier Monate“ (Last four months) ausspreche, halte ich aufrecht und habe sie immer aufrechterhalten.“

Dazu schreibt der bekannte Oberst Schwertfeger: Wer hat denn nun in Deutschland eigentlich die Behauptung aufgebracht, daß General Maurice vom Dolchstoß gesprochen habe? In der vierzehnten Sitzung des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 18. November 1919 war es Hindenburg. Dort sagte er, daß der englische General es mit Recht behauptete: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“ Demnach hat auch Hindenburg etwas behauptet, was gar



8 Mark der Liter das 50 fache, der Butterpreis mit 120 Lit. das Pfund das 94 fache. Mit Einschluß der Verfrachtkosten wird man die Teuerungszahl sehr mit dem 50 fachen annehmen können.

### Arbeitswiederaufnahme auf der Danziger Werft Keine Mehrheit für Fortsetzung des Streiks.

Die Zentralkomitee teilt mit: Die Abstimmung der Gewerkschaft der Danziger Werft über das von der Werftleitung gemachte Angebot hat folgendes Ergebnis:

Es stimmten für	Annahme	weil Streik
Maschinen- und Feiler	20	2
Außerhalb	18	27
Maler	41	2
Schiffzimmerer	19	55
Transportarbeiter	85	77
Christliche Gewerkschaften	298	20
Nicht-Christliche Gewerkschaften	107	85
Metallarbeiter	128	638
<b>Zusammen</b>	<b>710</b>	<b>865</b>

Die Polzarbeiter mit 120 Stimmen haben am Sonnabend noch nicht abgestimmt. Sie ändern aber mit 120 Stimmen, auch wenn sie alle für Streik abgegeben werden, an dem Ergebnis nichts. Diese Abstimmung hat nicht die notwendige Dreiviertelmehrheit zur Fortführung des Streiks gebracht. Der Streik ist damit beendet und das Angebot angenommen (§ 4. Vöhrne).

Die Einweisung erfolgt, wie im Flugblatt vom 5. August angegeben, am Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch. Die Zentralkomitee und in der Folge die Streikleitungen der einzelnen Verbände sind auszufüllen. Beschwerden, die sich hier und da noch herausstellen sollten, werden durch die einzelnen zuständigen Gewerkschaften selbst erledigt.

### Stimmungsmache für eine neue Milchpreis- erhöhung.

Von der Senatspressestelle wird uns folgende Notiz überreicht:

„Infolge der den landwirtschaftlichen Arbeitern in den letzten Tagen angebligte Lohnerhöhung von über 100 Prozent ist mit einer Steigerung der meisten landwirtschaftlichen Produkte zu rechnen.“

Am Sonnabend, den 5. d. Mts., hat die Preisfestsetzungskommission für Milch und Vollerzeugnisse die Preise für Milch im Kleinverkauf einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es wurde hierbei festgestellt, daß die Milch aus Pommern, die schon einen erheblichen Prozentsatz der Anlieferung betrug, infolge des Steigens der polnischen Valuta für den Kleinverkauf in Danzig bei den jetzt bestehenden Sätzen leider nicht mehr in Frage kommt. Daraus erklärt sich auch der eingetretene Mangel an Angebot in verschiedenen Läden. Erwähnt wurde auch, daß in den deutschen Nachbarstädten Marienburg und Elbing, die eine bedeutend kleiner Einwohnerzahl besitzen, und deren Zufuhrgebiete weitläufiger liegen, die Kleinverkaufspreise bereits 10 resp. 10,40 Mark betragen.

Am Mittwoch, den 6. d. Mts., tritt die Preisfestsetzungskommission wiederum zusammen, um unter nochmaliger Würdigung aller Voraussetzungen für eine ausreichende Milchlieferung nach Danzig neue Preise endgültig festzusetzen.

Erwünscht wäre es, wenn in der Nähe der Stadt im erhöhten Maße Abmelkmaschinen eingerichtet würden, die Winterläche aufstellen, damit in den Wintermonaten wenigstens die für die Kinder erforderliche Milch zur Verfügung steht, ohne daß man auf die teure Milch aus Pommern zurückgreifen muß.“

Schon der erste Satz dieser ersatztlichen Mitteilung einer amtlichen Stelle stellt so unerantwortliche Unterstützung des agrarischen Profitwuchers dar, daß die Bevölkerung entschieden darüber Auffassung verlangen muß, mit welchem Recht die maßgebende Behörde des Freistaates sich jetzt offen in den Dienst der Preistreiberer für alle landwirtschaftlichen Produkte stellt. Zunächst ist die Frage der Lohnerhöhungen in der Landwirtschaft bis zur Stunde überhaupt noch nicht endgültig entschieden und ferner sind die Preise für den größten Teil der einheimischen landwirtschaftlichen Produkte ohne besondere Veranlassung stets so erheblich mit dem Dollarkurs in die Höhe gegangen, daß die exorbitante Gewinnquote bereits jetzt jetzt die Ursache der etwaigen Lohnerhöhung austrägt, ohne daß den Produzenten bisher entsprechend höhere Löhne entstanden sind. Wenn etwas nicht, so sind es schleunigste Maßnahmen, die verhindern, daß die agrarischen Produkte, Fleisch, Eier, Butter, Kartoffeln usw., noch weiter entsprechend dem Dollarkurs verteuert werden. Statt dessen ist wieder das Gegenteil zu verzeichnen: Der Senat selbst macht sich zum Schrittmacher weiterer Preiserhöhungen. Obwohl der Senat ernstlich, daß sich die Bevölkerung diese Pläne noch lange ruhig gefallen lassen wird? Der Arbeitgeberverband, der ja mit allen Lohnsteigerungen — die als Folge dieser neuen Preisänderungen unausweichlich sind — Zulauf machen will, dürfte wohl als erster schleunigst Veranlassung zu nehmen haben, gegen diese Preistreiberer des Senats Sturm zu laufen.

Diese neue offizielle Unterstützung der maßlosen Profitansprüche der Agrarier durch den Senat ist so ungeheuerlich, verhöhnt so gegen seine Pflichten als verantwortliche Regierung, die gerade den Widerstand gegen diese Ausbeutung anzudeuten hat, daß darüber noch nicht das letzte Wort gesprochen sein darf. Die Bevölkerung hat vom Senat endlich Daten gegen den Preiswucher erwartet und nicht, daß er nun auch noch öffentlich ein Bündnis mit den Preistreibern eingeht. Unhaltbar ist es auch, daß die fast nur aus Interessenten zusammengesetzte Milchpreiskommission schon wieder selbstherrlich eine neue Milchpreiserhöhung beschließen soll. Ein Recht zu Preisfestsetzungen hat diese Kommission keinesfalls, und wir erneuern unsere Forderungen, daß dafür ein vom Volkstag zu wählender Ausschuss eingesetzt wird. Die jetzt bestehende Kommission wird ihrer ganzen Natur nach auch ohne zwingende Gründe jeden Monat Milchpreiserhöhungen festsetzen. Damit soll auch kein Schluss gemacht werden!

Der Streik bei der Chemischen Fabrik Milch u. Co. ist am Sonnabend für die Arbeiterschaft erledigt beendet worden. Die Einigungsverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss ergaben einen Spitzenlohn von 28 Mark, der

jedoch am Freitag von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Daraus fanden zwischen der Direktion und den Vertretern der Gewerkschaften am Sonnabend noch einmal Verhandlungen statt, bei denen ein Spitzenlohn von 24 Mark zugestimmt wurde und auch einige Verbesserungen der Zuschläge vereinbart wurden. Dieses Ergebnis wurde von der Arbeiterschaft angenommen, worauf am Sonnabend nachmittags die Arbeitswiederaufnahme erfolgte. Den neuesten Nachrichten, die frampost bemerkt waren, den Streik zu einem „kalten“ zu hemmen, sei nur noch gesagt, daß es Sache der zuständigen Gewerkschaften ist, die Entscheidung darüber zu treffen. Die Denkschrift des Senats so abstrahierend „arbeiterfreundlichen“ Senatsentscheidungen tun gut, ihre Feder in gewerkschaftlichen Dingen, von denen sie doch nicht nichts verstehen, aufzufällig zurückhalten.

### Danzigs Warenbezug aus dem Reich.

#### Einschränkung der Kontingentierung.

Ueber den Warenbezug aus dem Reich wurden in der letzten Vollversammlung der Handelskammer folgende Mitteilungen gemacht:

Nach dem Falle der Danzig-polnischen Wirtschaftsgrenze am 1. April 1922 keine Möglichkeit einer Verbleibsgarantie der aus dem Deutschen Reich aus Verforgungsbescheinigung bezogenen Waren gegeben war, wurden seitens des Deutschen Reiches die Warenlieferungen für das Gebiet der Freien Stadt Danzig, die auf Grund der Versorgungsbescheinigungen der Handelskammer zu Danzig zu deutschen Inlandspreisen und ohne Ausfuhrabgaben erfolgen, eingestellt. Es bestand damals die Gefahr, daß der Freistaat Danzig in die deutsche Wirtschaftssperre gegenüber der Republik Polen einbezogen und von sämtlichen Warenlieferungen abgeschnitten wurde. In der Kontingentierung wurde eine Möglichkeit gegeben, Waren, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, in begrenzten Mengen zur Ausfuhr aus dem Deutschen Reich für den Bedarf des Freistaates zu erhalten.

Für die Danziger Wirtschaftskreise, die auf den deutschen Absatzmarkt angewiesen sind, ist nach den letzten Verhandlungen des Deutschen Reiches mit der Republik Polen eine Erleichterung eingetreten. Nach der Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung vom 22. Juli d. J. ist die Wirtschaftssperre des Deutschen Reiches gegen die Republik Polen aufgehoben worden. Ausfuhrbewilligungen werden daher seitens des Deutschen Reiches nach den die Ausfuhr regelnden Bestimmungen sowohl nach Polen als auch nach dem Freistaat Danzig erteilt. Für die Danziger Wirtschaftskreise ist die Frage von Interesse, inwieweit durch diese Maßnahme das Kontingentensystem beibehalten wird.

Die Kontingentierung hat bekanntlich einen doppelten Zweck, einmal Waren überhaupt aus dem Deutschen Reich zu erhalten, zweitens diese Waren zu vergünstigten Preisen, d. h. zu Inlandspreisen oder Preisen, die zwischen Inlands- und Ausfuhrmindestpreisen schwanken, beziehen zu können. Der erste Zweck, Ausfuhrbewilligungen nach Danzig überhaupt zu erhalten, ist durch die letzte Verfügung des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Fortfall gekommen. Da indessen bei Warenlieferungen außerhalb des Kontingentensystems Auslandspreise zu entrichten sind, während für die deutsch-polnischen kontingentierten Waren Preisermäßigungen bestehen, wird man im Interesse der verbrauchenden Bevölkerung an dem Kontingentensystem vorläufig festhalten müssen. Sogar kommt noch, daß die Aufhebung der Wirtschaftssperre seitens des Deutschen Reiches gegen die Republik Polen nur eine vorläufige Maßnahme bis zur Aufnahme endgültiger Verhandlungen am 1. September 1922 bedeutet. Es ist noch nicht vor auszusehen, ob die deutsch-polnischen Verhandlungen zu dem erwünschten Ergebnis führen werden und die Aufhebung des Wirtschaftsbontotts eine dauernde Maßnahme bleibt.

Nachdem von deutscher Seite Ausfuhrbewilligungen nach Danzig auch ohne Kontingentensysteme, wenn auch zu Auslandspreisen, gegeben werden, wird sich das Kontingentensystem ohne weiteres einschränken, und zwar in dem Maße der Waren, bei denen der Unterschied zwischen dem deutschen Inlandspreis und dem Ausfuhrmindestpreis nach valutaschwachen Ländern überhaupt nicht vorhanden oder verhältnismäßig gering ist.

### Keine Danziger Zollstatistik.

„Kurzer Voranng“ beschränkt sich, daß in Danzig keine Zollstatistik geführt werde und daß dadurch die polnische Zollstatistik in Polen in bezug auf den Im- und Export über Danzig ungenau sei. Die polnische Regierung habe sich an den Danziger Senat mit der Forderung gewandt, eine Zollstatistik zu führen, jedoch habe der Senat erklärt („wahrscheinlich um Polen zu schaden“ schreibt das Blatt), daß er nicht dazu verpflichtet sei. Aus Rücksicht auf die große Bedeutung dieser Frage habe sich Polen an den Völkerbund gewandt. — Es ergeht allerdings auch ein verwundenes: Ich, daß der Senat — vorausgesetzt, daß die polnische Meldung zutrifft — keine Statistik über die Danziger Ein- und Ausfuhr führt. Deute mehr denn je, ist der Außenhandel das Barometer der wirtschaftlichen Kräfte eines Staates und die genaue Registrierung des wirtschaftlichen Güterausstausches erscheint uns auch für Danzig notwendiger als vieles andere.

### Lohnregelung bei Rawitter.

Die Arbeiterschaft hat am Sonnabend zu den zwischen dem Metallarbeiterverband und den Verbänden der Metallindustriellen getroffenen Vereinbarungen Stellung genommen, und mit 80 gegen 88 Stimmen beschlossen, nachstehende Löhne für den Monat August anzunehmen. Gelehrte, verheiratete Arbeiter 17—17,50 Mark, ledige Arbeiter über 24 Jahre 16—16,50 Mark, über 20—24 Jahre 15—15,50 Mark, unter 20 Jahre 13,50. Ungelernte, verheiratete Arbeiter (Teuerungszulage 1,80) 14,50—15,00 Mark, ledige Arbeiter über 24 Jahre 14—14,50 Mark, über 20—24 Jahre 13,50—14 Mark, unter 20 Jahre 11,50—12 Mark, unter 19 Jahre 10,50—11 Mark, unter 18 Jahre 9,50—10 Mark, unter 17 Jahre 8—8,50 Mark, unter 16 Jahre 6,50—7 Mark, unter 15 Jahre 5—5,50 Mark. Die soziale Zulage wird für jedes Kind auf 0,50 Mark erhöht. Vorarbeiter erhalten 50 Pf. mehr. Relne Fabrikarbeiter erhalten mindestens 20 Prozent Zuschlag. Nach oben wird der Zuschlag im einzelnen Falle besonders festgelegt.

Wegen Pilzvergiftung wurde gestern die aus 5 Personen bestehende Familie Krause, Eichenweg 12, ins städtische Krankenhaus eingeliefert.

Die Bewegung der Danziger Arbeiter ist für den Kreis Danziger Niederrung in ein kritisches Stadium getreten. Die Ortsgruppenvertreter lehnen gestern das Angebot des Raubbundes als ungenügend ab, so daß die Streikgefahr außerordentlich nahe gerückt ist. Zurzeit finden weitere Verhandlungen statt.

Zum Behen der „Opferwoche für notleidende Alte“ findet heute nachmittags auf dem Kopienmarkt vor dem Stadttheater ein Konzert der Kapelle der Schutzpolizei unter Leitung des Obermusikleiters Herrn Stieberitz von 8—9 Uhr nachmittags statt. Morgen, Dienstag, wird von 12—1 Uhr auf dem inneren Fischmarkt durch die Kapelle Bröfen unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Mehlmann ein Konzert ausgeführt. Eine bei dem gestrigen Konzert auf dem Bougenmarkt vorgenommene Sammlung ergab rund 6000 Mark.

Diebstähle im Foken. Sonnabend gegen 1 Uhr nachts wurden von der Schutzpolizei der Feiler Leo W. und der Arbeiter Paul Sch. festgenommen. Beide hatten versucht, einem schwedischen Matrosen am Droßkischenweg die Brieftasche zu entreißen. — Am Donnerstag 11 Uhr abends, wurde von der Schutzpolizei am Droßkischenweg der Fuhrmann Artur K. mit einem Fuhrwerk, auf dem sich 2 Fässer Del befanden, angetroffen. Da er nähere Angaben betr. Herkunft nicht machen konnte, wurde er, da Verdunkelungsgefahr vorlag, dem Polizeigefängnis Neufahrwasser zugeführt und Fässer und Fuhrwerk bei der Schutzpolizei sichergestellt.

In selbstmörderischer Absicht stürzte sich am Sonnabend die 21 Jahre alte Valeria Marach, Bartholomäusgasse 7—8, von einem 4 stöckigen Hause. Sie wurde mit inneren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

2500 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der ersten Woche zum Preise von 2500 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1250 Mark für ein Zehnamarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Verkauf von Reichsübermünzen erfolgt bis auf weiteres zum 60 fachen Betrag des Nennwertes.

Eröffnung der städtischen Speisekammer und Waldbereen-Auskunftsstelle. Das Sammeln guter Pilze und Beeren verbleibt im Interesse der Volksernährung nach wie vor kräftige Förderung. Die Tatsache, daß Pilze tüchtig vertrieben Fleischsnahrung zu ersetzen vermögen, kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Da hinsichtlich der Brauchbarkeit der einzelnen Pilz- und Beerenarten im Publikum noch immer Unsicherheiten bestehen, hat der Senat die durch das Ernährungsamt 1910 gegründete Speisekammer und Waldbereen-Auskunftsstelle am 7. d. Mts. diesen Sommer wieder in Betrieb setzen lassen. Die Auskunftsstelle befindet sich im Hause Frauengasse 26. Dort kann jeder Pilz- und Waldbereenfreund unentgeltlich Auskunft erhalten. Näheres im Angeigentell.

Erhöhte Geldstrafe für Uniformtragen. Die in der Polizeiverordnung vom 6. Juli d. J., betr. das Verbot des Tragens ausländischer Uniformen in Danzig festgesetzte Höchststrafe von 60 Mark, ist infolge Inkrafttretens des Gesetzes vom 7. Juli d. J., betr. Erweiterung des Anwendungsgebietes der Geldstrafe usw. auf 600 Mark erhöht worden. Das Verbot selbst tritt erst am 1. September in Kraft.

Soppoter Stadttheater. Zu seinem Ehrenabend hatte das beliebte Mitglied der Soppoter Bühne Wili Böffel das Drama „Schuldig“ von H. Voh gewählt. Das Stück handelt aus den neunziger Jahren, als der junge Naturkultismus seine ersten Triumphe feierte. Es spielt im ersten Akt in einem Buchhaus, dessen Mauern nach 20 Jahren der einst wegen Vordes verurteilte Thomas Lehr verläßt, als man den wahren Mörder findet. Schließlich aber wird Lehr doch zum Mörder, indem er einen Schurken erschlägt, der Frau Lehr in der Strafkasse ihres Mannes ausbeutete. Ein Stoff, wie man ihn heute häufig in den Kinoläden sieht. Und mit knochenmäßigen, stark äußerlichen Mitteln hat Voh das Stück auch zurechtgerichtet. Die Rolle des Lehr ist für einen strebsamen Schauspieler eine Paraderolle. Wili Böffel zeichnete den Lehr voll rührender Menschlichkeit in den verschiedensten Szenen: als menschenscheuen Sträfling im Buchhaus, als liebevollen Vatten und als Mörder seiner gemarterten Frau. Höchst wirkungsvoll (besonders im 1. Akt) war auch die vom Künstler gewählte Maske. Den lebhaften Beifall des zahlreichen Publikums hat sich der begabte Künstler wohl verdient. Von den weiteren Mitspielern seien Maria Anne Knorr, Carl Valentini und Helene Behrend genannt. Eine sehr gelungene Type schuf Emil Behrhahn, dessen besondere Stärke die Darstellung angefaulter Charaktere zu sein scheint. Otto Böhnke sah man zum erstenmal in einer Rolle, in der er nicht unangenehm auftrat.

Polizeibericht vom 6. und 7. August 1922. Verhaftet: 49 Personen, darunter: 10 wegen Diebstahls, 8 wegen Raubüberfalls, 1 wegen Schmuggels, 8 wegen Körperverletzung, 14 wegen Trunkenheit, 15 in Polizeihaft, Obdachlos: 8 Personen.

Da unsere Papierlieferung bis zur Stunde nicht eingetroffen ist, müssen wir die Beilage auch heute leider noch in Fortfall kommen lassen.



### Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	11,50	am Bortage	11,50
Amer. Dollar:	7,60		7,75
Englisches Pfund:	cc. 3350		3390

